



öffentliche Sitzungsvorlage

Haupt- und Finanzausschuss am 04.07.2023

Amt: 31 Amt für Finanzen
Verantwortlich: Matthias Haugg, Leiter Amt 31
Vorlagennummer: 2023/31/431

TOP 7

Halbjahresbericht zum Jahresvollzug 2023

Sachverhalt:

Halbjahresbericht zum Haushaltsvollzug 2023

Wie bereits im Hinblick auf die Gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten war sind die Steuereinnahmen – insbesondere die Gewerbesteuer – nicht mehr der „sprudelnde Geldquell“ wie in den letzten Jahren. Im Ergebnis verläuft hier der Vollzug jedoch wie in der Planung angenommen.

Allerdings führt insbesondere die von den Tarifvertragsparteien ausgehandelte Tarifsteigerung (für 2023 gibt es eine Inflationsausgleichsprämie von ca. 300 EUR pro Monat) zu einer deutlichen Überziehung des Planansatzes der Personalkosten.

Auf der Ausgabenseite führt die nach wie vor zu hohe Inflation sowie die weiterhin drohende Stagnation bzw. gar Rezession der Weltwirtschaft sowie der andauernde Krieg in der Ukraine mit all seinen dramatischen Auswirkungen zu steigenden Kosten.

Der Haushaltsvollzug des laufenden Jahres 2023 steht damit unter einem „schwierigen“ Stern- auf der einen Seite stagnierende Einnahmen und auf der anderen Seite steigende Ausgaben.

Ein besonderes Augenmerk ist wie immer auf die Steuereinnahmen zu richten. Bei der Gewerbesteuer haben wir den Haushaltsansatz auf ca. 51,58 Mio. EUR anhand der steuerlichen Prognosen des Novembers (mit einer einkalkulierten Aufkommenssenkung aufgrund der damals bereits feststehenden, aber noch nicht beschlossenen Entlastungsmaßnahmen des Bundes) und der damals aktuellen Anordnungszahlen festgesetzt. Diesen Ansatz werden wir aller Voraussicht nach knapp verfehlen – es wird derzeit von Mindereinnahmen i.H.v. ca. 1,0 Mio. EUR ausgegangen. Damit kann an die hervorragende Entwicklung des vergangenen Jahres bei weitem nicht mehr angeknüpft werden.

Bei der Einkommensteuer gehen wir allerdings bis zum Jahresende von Mehreinnahmen i.H.v. ca. 1,1 Mio. EUR aus. Ebenso können wir aller Voraussicht nach bei der Umsatzsteuerbeteiligung von Mehreinnahmen von ca. 0,15 Mio. EUR ausgehen.

Demgegenüber stehen beim Einkommenssteuerersatz Mindereinnahmen i.H.v. ca. 0,1 Mio. EUR.

Im Rahmen des Steuerverbundes ergeben sich damit Mehreinnahmen von ca. 1,20 Mio. EUR. Die Umsichtige Planung im Herbst hat sich damit bewährt – wären wir der Steuerschätzung vom November 2022 ohne Korrektur gefolgt hätten sich Mindereinnahmen im Millionenbereich ergeben.

Ein weiterer hervorzuhebender Aspekt sind die Schlüsselzuweisungen, welche uns nach den Haushaltsberatungen bekannt gegeben wurden. Aufgrund der im Verhältnis zu anderen Kommunen gering gestiegenen Steuerkraft in den vergangenen Jahren haben wir deutlich mehr Schlüsselzuweisungen für 2023 erhalten wie ursprünglich angenommen – hier ergeben sich Mehreinnahmen von ca. 3,3 Mio. EUR.

Allerdings werden diese Spielräume umgehend durch die bereits beschriebenen Personalkostensteigerungen aufgezehrt – es ist hier mit Mehrausgaben von insgesamt ca. 2,9 Mio. EUR zu rechnen.

Hinsichtlich der Situation im Vermögenshaushalt schlägt zudem die aktuelle Lage am Kapital- und Immobilienmarkt mit voller Wucht ein – so ist ein großer Einnahmeposten aus der Veräußerung von Grundstücken bei der „Halde-Nord“ bzw. beim Gewerbegebiet „An der Stiftsbleiche“ dieses Jahr nicht mehr realisierbar. Hier fehlen und ca. 6,3 Mio. EUR.

Halbjahresbericht zum Haushaltsvollzug 2023

Das Amt für Finanzen hat sämtliche städtischen Ämter um einen Halbjahresbericht zum Haushaltsvollzug mit Stand 22.06.2022 gebeten.

Der Bericht beinhaltet zum einen die Verhältnisse zum Stichtag, zum anderen wurde um eine Prognose der Haushaltsentwicklung bis zum Jahresende 2023 gebeten. Zu melden waren jeweils Abweichungen von über 50.000 EUR.

Zum Halbjahresstand sind folgende Veränderungen gegenüber der Haushaltsplanung zu verzeichnen:

- im Verwaltungshaushalt:	Verbesserung um rd.	3,7 Mio. EUR
- im Vermögenshaushalt:	Verschlechterung um rd.	6,5 Mio. EUR
- per Saldo:	Verschlechterung rd.	2,8 Mio. EUR

Bis zum Jahresende 2023 ist mit folgenden Veränderungen zu rechnen:

- im Verwaltungshaushalt:	Verbesserung um rd.	0,2 Mio. EUR
- im Vermögenshaushalt:	Verschlechterung um rd.	6,0 Mio. EUR
- per Saldo	Verschlechterung um rd.	5,8 Mio. EUR

Nennenswerte Veränderungen sind im Verwaltungshaushalt:
Einnahmen

- Schlüsselzuweisungen (+3,26 Mio. EUR)

- Steuerverbund (+ 1,20 Mio. EUR)
- Gemeindeanteil an der Grunderwerbssteuer (-0,35 Mio. EUR)
- Gewerbesteuer (- 1,0 Mio. EUR)

Ausgaben

- Personalkosten (+2,9 Mio. EUR)
- höhere Kosten für den Winterdienst (+0,30 Mio. EUR)
- Gewerbesteuerumlage (- 0,06 Mio. EUR)
- Gebäudeunterhalt (+0,71 Mio. EUR)
- Bezirksumlage (- 0,98 Mio. EUR)

Nennenswerte Veränderungen im Vermögenshaushalt sind:

Einnahmen:

- Verkauf Baugebiet Halde Nord und Stiftsbleiche erst in 2024 (- 5,60 Mio. EUR)
- Weiterverrechnung Resterschließung Halde-Nord (- 0,70 Mio. EUR)
- Investitionszuweisung KiTa St. Martin (+ 1,06 Mio. EUR)
- Investitionszuweisung KiTa auf der Ludwigshöhe (+ 0,59 Mio. EUR)
- Investitionszuweisung Grundschule Aybühlweg (- 0,20 Mio. EUR)
- Investitionszuweisung Hildegardis-Gymnasium (- 0,55 Mio. EUR)

Ausgaben:

- Umbau Fürstenstraße 19 – Technische Modernisierung (+ 0,15 Mio. EUR)
- Rückzahlung AG Zuschuss (+ 0,50 Mio. EUR)

Während im Verwaltungshaushalt nahezu eine Punktlandung gelingen wird und wir hier kaum Probleme beim Vollzug 2023 erwarten sieht die Situation im Vermögenshaushalt deutlich düsterer aus.

Hier erwarten wir eine Verschlechterung bis Jahresende um ca. 6,0 Mio. EUR (über 10 v.H. des Volumens). Hauptursache hierfür ist primär im erst zu einem späteren Zeitpunkt möglichen Verkauf der Grundstücke Halde-Nord und Stiftsbleiche zu sehen.

Diese Finanzierungslücke ist über eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu schließen – hierbei wird aber nicht nur die Verbesserung des Jahres 2022 vollständig „aufgezehrt“ – es verbleibt hier sogar noch ein kleines Defizit von ca. 0,1 Mio. EUR, welches aber mit noch vorhandenen Rücklagenmitteln „auffangbar“ ist.